

Misha Rosalie Böbenecker, 80689 München
Stellvertretend für den Verein „Fortschritt in Freiheit e.V. mit Sitz in Köln“

9. September 2019

Gutachterliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen CDU und FDP gemäß Drucksache 17/5636 der 17. Wahlperiode im Landtag NRW vom 2. April 2019 Anhörung im Landtag NRW am 25. September 2019: Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland Nummer 1 stärken, Endverbraucherpreise stabilisieren – Mit der Energieversorgungsstrategie für saubere, zuverlässige und bezahlbare Energie sorgen

Einleitung und Fragestellung

In Ihrem Antrag „Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland Nummer 1 stärken, Endverbraucherpreise stabilisieren – Mit der Energieversorgungsstrategie für saubere, zuverlässige und bezahlbare Energie sorgen“ (Drucksache 17/5636) vom 2. April 2019 beschreiben Autoren der Fraktionen CDU und FDP aus ihrer Sicht Möglichkeiten, um die Energieversorgungsdefizite durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu verhindern.

Diese Stellungnahme untersucht den Antrag hinsichtlich der folgenden Fragen:

1. Ist der Umbau der Energiewirtschaft innerhalb kürzester Zeit überhaupt sinnvoll?
2. Ist die Reduktion des Ausstoßes des Gases CO₂ in dieser Geschwindigkeit und Umfang physikalisch und ökonomisch sinnvoll?

Hauptaussagen

Versorgungssicherheit garantieren: gesicherte Leistung, Speicher und Leitungsausbau

Es ist richtig, dass elektrische Energie jederzeit zuverlässig, sauber und bezahlbar für private Verbraucher, Mittelstand, Industrie und Verkehr bereitstehen soll. Insofern können wir es nicht verstehen, warum die CDU zusammen mit der FDP im Jahr 2011 eine vollkommen undurchdachte und kostspielige Energiewende auf Bundesebene überhaupt ins Spiel gebracht hat. Genau diese Energiewende verteuert den Strom im Übermaß und ist arbeitsplatzgefährdend. Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein rein populistischer Akt, der die Ausgangslage und die Forderungen der Fraktion der CDU und FDP ad absurdum führt.

Nordrhein-Westfalen verfügt gegenwärtig noch in einem gewissen Maß über eine hohe Energieversorgungssicherheit. Diese wird jedoch durch die „Energiewende“ und den schwankenden Strom, den sogenannten „Flutterstrom“, stark gefährdet.

Es ist bekannt, dass mittlerweile täglich mehrfach in die Regelung des Stromversorgungsnetzes eingegriffen werden muss, um dieses vor einem Kollaps zu retten. Vor der „Energiewende“ waren solche Eingriffe selten (Größenordnung 2-3-mal im Jahr) nötig.

Zwar kann mit dem Aufbau von Gaskraftwerken anstelle der noch bestehenden Kohlekraftwerke ein gewisses Maß an Infrastruktur genutzt werden, aber durch die Flexibilisierung der Netzentgelte werden die Risiken der Netzstabilität und deren Kosten auf die Verbraucher abgewälzt. Der Antrag befürwortet sogar, dass die Verbraucher sich in Zukunft netzdienlich verhalten zu haben. Dies zielt klar in Richtung „Smart-Meter“, die noch mehr Daten der Bürger erheben und auch Kontrolle auf den Bürger ausüben können. Dies widerspricht dem freiheitlichen Ansatz unseres Vereins.

Der Netzausbau ist eine Achillesferse der Energiewende. Das haben die Antragsteller gut erkannt. Mit einer Dezentralisierung der elektrischen Energieversorgung schafft man einige Risiken, die bis

heute nicht gelöst sind. Großtechnische Produktionsanlagen und Wirtschaftsbetriebe sind die größten Energieabnehmer. Hier kann man nur bedingt oder gar nicht mit kleinen dezentralen Energieanlagen die Versorgung sicherstellen. Wenn dazu noch die zunehmende Elektrifizierung des Verkehrs eintritt, verschärft sich dieses Problem. Die privaten Haushalte können dezentraler versorgt werden, aber auch hier darf den Haushalten eine gute Grundversorgung nicht verwehrt werden, da die sozio-ökonomischen Folgen sonst nicht absehbar sind.

Die Antragsteller haben gut erkannt, dass ohne einen Leitungsneubau der Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht gelingen kann. Leider stellt der Antrag nicht die Kernfrage, ob der rasche Ausstieg aus der Kohleverstromung ökologisch wie ökonomisch überhaupt sinnvoll ist.

Klimaschutz durch Innovationen und Sektorenkopplung voranbringen

Wir lehnen den angestrebten „Klimaschutz“ ab, da dieser auf einer unserer Meinung nach falsifizierter Hypothese beruht, dass CO₂ das Klima wesentlich beeinflusst.

Wir bedauern sehr, dass sich die Fraktionen der CDU und der FDP einer Diskussion hierzu verschließen.

Aus physikalischen Gründen ist es unmöglich, durch eine Erhöhung des CO₂-Anteils in der Luft die Temperaturen anzuheben [1]. Daher ist der angebliche „Treibhauseffekt“ auch weder im Labor noch in der Natur nachweisbar und somit ein Produkt von Lobbyisten [3]. Diese These ist von Prof. Gerlich und Dr. Ralf Tscheuschner falsifiziert worden [2]. Jede auf „Einsparung von CO₂“ zielende „Klimaschutzpolitik“ ist also im günstigsten Fall sinnlos.

Aufgrund der Tatsache, dass CO₂ als infrarotaktives Gas insgesamt zur Kühlung der Atmosphäre beiträgt, ist der sogenannte Klimaschutz durch Verminderung der CO₂-Emissionen eine unsinnige Aktivität. Wir lehnen jegliche Irrationalität in der Energiedebatte ab und sprechen uns gegen fiskalische und staatliche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion aus.

Die Antragsteller haben erkannt, dass durch die Sektorenkopplung der Verbraucher bei zunehmender Elektrifizierung des Verkehrs sich der Stromverbrauch wesentlich erhöhen wird. Leider geht der bestehende Antrag gar nicht darauf ein, ob die bestehenden Leitungen diese zusätzlichen Lasten überhaupt tragen können. Hier melden wir starke Zweifel an.

Prinzipiell sind wir nicht gegen dezentrale urbane Energielösungen aus Photovoltaik, Geothermie, Kraft-Wärme-Kopplung und Elektromobilität. Wir lehnen den Umbau Deutschlands zu einem Windstrom- und Energiespeicherparadies ab, da damit eine massive Zerstörung der Umwelt einhergeht, da u.a. auch die langfristigen ökologischen, biotopischen und humanbiologischen Effekte bei einer weiteren Verdichtung der Windkraftanlagen unbekannt sind. Wir halten es hingegen für angebracht, von unbefangener Seite zu prüfen, ob und ggf. in welchem Umfang durch die massierte Errichtung und Betrieb der WKA Witterungsverhältnisse verändert werden. Jedoch sind diese Lösungen kein Ersatz für gut ausgebaute Energie-Backbones, die die Hauptlast des Energienetzes tragen und zur Steuerung und Stabilisierung der Netzfrequenz wesentlich beitragen.

Wettbewerbsfähige Energiepreise und Umverteilung der finanziellen Lasten

Die Antragsteller haben gut erkannt, dass die Stromsteuer keine Lenkungswirkung auf den Stromverbrauch hat. Daher befürworten wir die faktische Abschaffung dieser Steuer (Reduktion auf 0,1 ct/kWh). Leider stellen die Antragsteller nicht fest, dass der Ausbau der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ nur dann fortgesetzt werden kann, wenn weiterhin auf unabsehbare Zeit staatliche Subventionen oder solche durch garantierte, über dem Marktwert liegende Einspeisevergütungen

verbunden mit Einspeiserechte fließen. Diese müssen von den Bürgern bezahlt werden. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die Kosten des EEG auf Firmen und Verbraucher in gleichem Maß abgewälzt werden oder nicht. Letzen Endes trägt der Verbraucher sämtliche Kosten, entweder durch erhöhte Strompreise oder durch teurere Produkte und in Anspruch genommene Leistungen, im Extremfall sogar durch Arbeitsplatzverlust wegen Abwanderung der Unternehmenstätigkeit.

Zu den Anträgen:

Prinzipiell sind wir für die Verwendung von Kraft-Wärme-Kopplung zur Abdeckung der Wärme und Elektro-Energiebedarfs. Ein ausreichend hoher Brennstoffwechsel-Bonus ist nicht abzulehnen, jedoch ist die Prämisse, dass Deutschland CO₂ einsparen muss, zu hinterfragen.

Auch befürworten wir den Antrag, dass sich grundsätzlich sogenannte „Erneuerbare Energien“ am Markt beweisen müssen und daher die Subventionen und subventionsähnliche Stützungen (Einspeisevergütungen) hierzu abgebaut bzw. gestrichen werden sollen.

Wir sind für die faktische Absetzung der Stromsteuer, indem sie auf den europäischen Mindestsatz von 0,1 ct/kWh reduziert wird.

Wir sind gegen die Umsetzung der europäischen Strommarkttrichtlinie, da diese eine überstürzte, wissenschaftlich nicht ausreichend abgesicherte Dekarbonisierung der Energiewirtschaft zum Ziel hat.

Wir sind gegen einen überstürzten Netzausbau, der weitere enorme Kosten erzeugt. Zudem sind die Eingriffe in die Natur voraussichtlich erheblich.

Quellen und Leseempfehlungen

- 1) Klaus Ermecke: Rettung vor den Klimarettern – Gibt es die „Gefahr für das Weltklima“? KE Research, Oberhaching, 2009. www.ke-research.de/downloads/Klimaretter.pdf
- 2) Gerlich, G., and Tschuschner, R.D. (2009): Falsification of the atmospheric CO₂ greenhouse effects within the frame of physics. International Journal of Modern Physics B 23 (3), 275-364. Preprint (2007): <http://arxiv.org/abs/0707.1161> ; siehe auch <http://arxiv.org/abs/1012.0421>.
- 3) Heinz Thieme (2005): Die Erdatmosphäre - ein Wärmespeicher; <http://real-planet.eu/wspeicher.htm>
- 4) Wolfgang Thüne: Propheten im Kampf um den Klimathron; Op-pen-heim, 2011.